

Bildungspolitische Positionen



Impressum

Herausgeber:

Niedersächsischer Industrie- und Handelskammertag (NIHK)

Hinüberstraße 16-18

30175 Hannover

Internet: www.n-ihk.de

Ihre Ansprechpartner:

Volker Linde

NIHK-Sprecher Berufsbildung

IHK Lüneburg-Wolfsburg

Tel.: 04131 742-150

E-Mail: berufsbildung@n-ihk.de

Dr. Dirk Luerßen

NIHK-Sprecher Schul- und Hochschulpolitik

IHK für Ostfriesland und Papenburg

Tel. 04921 8901-40

E-Mail: schulpolitik@n-ihk.de

August 2011

Bildnachweis:

IHK für Ostfriesland und Papenburg

Inhalt

Vorbemerkung	4
Top 10-Forderungen	5
1. Ausbildung	6
Betriebliche Ausbildung zukunftssicher machen	6
Vorrang für duale Ausbildung	6
IHK-Prüfungen stärken	6
Standortnahe Beschulung sichern – Berufsschulinhalte optimieren	7
Duale Ausbildung bestmöglich in Europa positionieren	7
Ausländische Abschlüsse anerkennen	7
2. Berufliche Weiterbildung	8
Wettbewerb im Weiterbildungsmarkt sicherstellen	8
Transparenz verbessern	8
Europaweite Vergleichbarkeit von Fortbildungsabschlüssen herstellen	8
3. Kindergärten und Allgemeinbildende Schulen	9
Lernen im Vorschulbereich fördern	9
Individuelle Förderung ausbauen	9
Berufsorientierung verbessern – Ausbildungsreife sicherstellen	10
Oberschulen ausreichend personell ausstatten	10
Naturwissenschaftlich-technische und ökonomische Bildung stärken	10
Abitur nach zwölf Jahren beibehalten – Bundesweites Zentralabitur einführen	10
4. Hochschule	11
Mehr Studierende in Niedersachsen	11
Abbrecherquoten senken	11
Bologna-Prozess und berufsbegleitende Studienangebote vorantreiben	11
Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung realisieren	12
Stipendienkultur in Deutschland fördern	12
5. Lehrer & Lehreraus- und -fortbildung	13
Lehreraus- und -weiterbildung reformieren	13
Lehrer entlasten	13
Lehrerberuf attraktiver machen	13

Vorbemerkung

70 Prozent der Unternehmen beklagen derzeit erhebliche oder teilweise Probleme, offene Stellen zu besetzen. Dies ergab eine bundesweite Unternehmensbefragung der IHK-Organisation.

Die Lage wird sich in den kommenden Jahren noch verschärfen. Dies betrifft nicht nur die Hochqualifizierten. Auch bei anderen Qualifikationen fehlen zunehmend Fachkräfte. Vorhandene Spielräume müssen deshalb besser genutzt werden, bevor sich der Fachkräftemangel als Innovations- und Wachstumsbremse erweist.

Im Mittelpunkt steht dabei die Reform des Bildungssystems: Die Zahl der Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss ist zu hoch. Wir können es uns nicht länger leisten, vorhandene Talente nicht zu nutzen. Gleichzeitig müssen diejenigen, die sich in Qualifizierungsprozessen befinden, bestmöglich ausgebildet werden.

Vor diesem Hintergrund haben die im Niedersächsischen Industrie- und Handelskammertag (NIHK) zusammengeschlossenen Industrie- und Handelskammern und ihre Mitgliedsbetriebe ein existenzielles Interesse an der bestmöglichen Ausschöpfung der vorhandenen Potenziale. Von Kindergarten und Schule über Ausbildung und Hochschule bis hin zur Weiterbildung – überall sind verstärkte Anstrengungen notwendig. Das setzt qualitativ eine weiter verbesserte Arbeit in der frühkindlichen und schulischen Bildung, aber auch eine Reduzierung der hohen Abbrecherzahlen an den Hochschulen und eine intensivere Berufsorientierung sowie eine stärkere Technikorientierung der Jugendlichen voraus. Der NIHK bezieht deshalb immer wieder Stellung zu bildungspolitischen Fragen. Nachfolgend sind die Positionen des NIHK zur Bildungspolitik zusammengefasst.

Top 10-Forderungen

1. Vorrang für duale Ausbildung
Vollzeitschulische Ausbildung sollte nur bei Bedarf und im Konsens mit der Wirtschaft umgesetzt werden.
2. IHK-Prüfungen stärken
Die duale Ausbildung muss weiterhin mit bundesweit einheitlichen, praxisnahen und qualitativ überzeugenden Prüfungen abschließen.
3. Standortnahe Beschulung sichern – Berufsschulinhalte optimieren
Für eine leistungsfähige duale Ausbildung ist ein standortnahes Beschulungsangebot unverzichtbar. Die schulischen Rahmenpläne sind weiter zu optimieren.
4. Wettbewerb im Weiterbildungsmarkt sicherstellen
Der Markt für Weiterbildungsangebote muss möglichst frei von staatlichen Eingriffen bleiben.
5. Europaweite Vergleichbarkeit von Fortbildungsabschlüssen herstellen
Fortbildungsabschlüsse der IHK Organisation, die ein Kompetenzniveau erreichen, das den akademischen Abschlüssen vergleichbar ist, sollten die international verständliche Abschlussbezeichnung „Bachelor Professional“ tragen dürfen.
6. Individuelle Förderung ausbauen
Die „demografische Rendite“ ist für mehr individuelle Förderung zur Stärkung der Leistungstarken und zur Reduzierung der Risikogruppe zu nutzen.
7. Berufsorientierung verbessern – Ausbildungsreife sicherstellen
In allen Schulformen müssen die begonnenen Ansätze zur Verbesserung der Berufsorientierung und der Ausbildungsreife systematisch verankert werden.
8. Abitur nach zwölf Jahren beibehalten – bundesweites Zentralabitur einführen
Die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre sollte – auch im Hinblick auf internationale Standards – beibehalten werden. Mittelfristig ist ein bundesweites Zentralabitur auf der Basis hoher Lernstandards anzustreben.
9. Mehr Studierende in Niedersachsen
Niedersachsen muss ein Nettozuwanderungsland für Studierende werden.
10. Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung realisieren
Die Gleichwertigkeit beruflicher und hochschulischer Bildung ist durch verbesserte Anrechnungsmodelle und angemessene Bewertung beruflicher Qualifikationen zu unterstreichen.

1. Ausbildung

Die niedersächsische Wirtschaft setzt auf Nachwuchskräfte-sicherung durch eigene Ausbildung. Rund 160.000 Jugendliche, die in niedersächsischen Betrieben und Einrichtungen ausgebildet werden, haben gute Chancen auf Beschäftigung. Der niedersächsische Ausbildungsmarkt steht jedoch zunehmend im Zeichen des demografischen Wandels: Nicht Ausbildungsplätze sind knapp, sondern qualifizierte Bewerber.

Nach einer NIHK-Umfrage konnten im Jahr 2010 die Betriebe zwölf Prozent ihrer Ausbildungsplätze nicht besetzen, vor allem weil geeignete Bewerber fehlten und auch immer mehr Jugendliche ein Studium aufnehmen. Die Schulabgängerzahlen werden in Niedersachsen bis 2020 um mindestens ein Viertel zurückgehen. Der Nachwuchsmangel wird sich deshalb in den kommenden Jahren deutlich verschärfen, nicht nur bei Ingenieuren und Hochschulabsolventen, sondern auch bei Fachkräften mit mittlerem Qualifikationsniveau.

Folgende Leitlinien sollten das bildungspolitische Handeln bestimmen:

Betriebliche Ausbildung zukunftssicher machen

Das IHK-Modell „Dual mit Wahl“ ist seit Jahren die Grundlage bei Neuordnungen von Berufen und muss weiter umgesetzt werden. Es verringert die Anzahl der Ausbildungsberufe, verbessert Ausbildungsflexibilität und trägt angesichts rückläufiger Schülerzahlen dazu bei, Ausbildung in der Fläche zu sichern.

Vorrang für duale Ausbildung

Duale Ausbildung sollte angesichts rückläufiger Schülerzahlen Vorrang vor schulischer Ausbildung haben. Vollzeit-schulische Ausbildung darf nur bei Bedarf und im regionalen Konsens mit der Wirtschaft umgesetzt werden.

IHK-Prüfungen stärken

Die duale Ausbildung muss weiterhin mit bundesweit einheitlichen, praxisnahen und qualitativ überzeugenden Prüfungen abschließen. Das Verhältnis zwischen Aussagekraft und Aufwand der Prüfung muss ausgewogen sein, auch um künftig genügend ehrenamtliche Prüfer zu gewinnen. Bei der Verwendung von Ausbildungsbausteinen zur Qualifizierung Leistungsschwächerer sollte am Ende eine öffentlich-rechtliche Abschlussprüfung stehen.

Standortnahe Beschulung sichern – Berufsschulinhalte optimieren

Für eine leistungsfähige duale Ausbildung ist ein standortnahes Beschulungsangebot unverzichtbar. Zudem ist die sachliche Ausstattung von Schulen zu verbessern. In den schulischen Rahmenplänen sind ähnliche oder gleiche Inhalte verschiedener Berufe stärker zusammenfassen.

Duale Ausbildung bestmöglich in Europa positionieren

Abschlüsse des dualen Systems müssen in den Deutschen und Europäischen Qualifikationsrahmen (DQR, EQR) so eingeordnet werden, dass das hohe Niveau der betrieblichen Ausbildung abgebildet wird. Das Abitur sollte daher eben so wenig über der dualen Ausbildung eingeordnet werden wie Abschlüsse beruflicher Vollzeitschulen. DQR, EQR und das Europäisches Leistungspunktesystem für die berufliche Ausbildung (ECVET) müssen einen Mehrwert für die Unternehmen haben.

Ausländische Abschlüsse anerkennen

Im Ausland erworbene Abschlüsse sollen künftig leichter als bisher anerkannt werden können. Dafür wollen sich die IHKs in ihrem Zuständigkeitsbereich engagieren. Die Verfahren sollten schnell, unbürokratisch und rechtssicher durchgeführt werden können.

2. Berufliche Weiterbildung

Die Bevölkerungsentwicklung sorgt dafür, dass künftig weniger Nachwuchsfachkräfte zur Verfügung stehen. Gleichzeitig werden die Unternehmen immer mehr ältere Arbeitnehmer beschäftigen, da sich die Lebensarbeitszeit verlängert. Zudem erhöht sich die Entwicklungsgeschwindigkeit zahlreicher Märkte, und damit steigen die personellen Anforderungen an die Unternehmen. Es gilt daher: wenn die notwendigen Kompetenzen schwieriger am Markt zu beschaffen sind, müssen diese in den Unternehmen selbst entwickelt werden. Die Weiterbildung wird somit zum zentralen Erfolgsfaktor der Personalentwicklung. Beschäftigte und Unternehmen müssen ihr Engagement in der Weiterbildung deshalb deutlich erhöhen.

Folgende Leitlinien sollten das bildungspolitische Handeln bestimmen:

Wettbewerb im Weiterbildungsmarkt sicherstellen

Der Markt für Weiterbildungsangebote muss möglichst frei von staatlichen Eingriffen bleiben. Öffentlich rechtliche Angebote sollten nachrangig und kostendeckend sein. Nur so bleiben marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen erhalten.

Transparenz verbessern

Das Land sollte die Etablierung einer einheitlichen Informationsplattform fördern, die auch freie Weiterbildungsanbieter nutzen können. Detaillierte und vergleichbare Informationen über Angebote und Anbieter sollten frei zugänglich sein. Weiterbildungsberatung für Unternehmen sollte systematisch ausgebaut werden. Dies fördert eine effiziente Weiterbildung und Personalentwicklung in den Unternehmen.

Europaweite Vergleichbarkeit von Fortbildungsabschlüssen herstellen

Der Deutsche Qualifikationsrahmen kann die Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen in der EU erhöhen. Fortbildungsabschlüsse der IHK Organisation, die ein Kompetenzniveau erreichen, das den akademischen Abschlüssen vergleichbar ist, sollten die international verständliche Abschlussbezeichnung „Bachelor Professional“ tragen dürfen. Damit kann die Durchlässigkeit zwischen beruflichem und hochschulischem Bildungssystem gefördert werden.

3. Kindergärten und Allgemeinbildende Schulen

Die niedersächsischen Ausbildungsbetriebe sind auf qualifizierte Schulabgänger angewiesen. Vorhandene Bildungspotenziale wie z. B. die frühkindliche Bildung werden nicht ausreichend genutzt. Schulen entlassen zu viele Jugendliche ohne ausreichende Kompetenzen für eine erfolgreiche Ausbildung. Etwa 20 Prozent der 15-jährigen Schüler können nur auf Grundschulniveau lesen, schreiben und rechnen. In Niedersachsen verlassen rund sechs Prozent der Abgänger die Schulen ohne Hauptschulabschluss. Zudem werden Kenntnisse in MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) in der Schule unzureichend vermittelt. Ökonomische Bildung kommt zu kurz.

Die Ausbildungsakte in Bund und Land setzen mit der Sicherstellung von Ausbildungsreife und der Verbesserung von Berufsorientierung von Schülern neue Schwerpunkte, die nun zügig umgesetzt werden müssen. Die Landesregierung hat mit der Oberschule als neuer Schulform die Initiative zur Ergänzung der bestehenden Schulstruktur ergriffen. Sie hat damit die Forderung der Wirtschaft nach einem möglichst wohnortnahen, vielseitigen und anspruchsvollen Schulangebot aufgegriffen. Die Oberschule ist geeignet, ein differenziertes Schulangebot auch bei zurückgehenden Schülerzahlen zu sichern. Zugleich werden durch die frühzeitige Verzahnung von allgemeinen und beruflichen Bildungswegen eine individuelle Berufsorientierung und ein einfacherer Übergang in den Beruf angestrebt.

Folgende Leitlinien sollten das bildungspolitische Handeln bestimmen:

Lernen im Vorschulbereich fördern

Frühkindliche Bildung schafft eine gute Basis für den Lernerfolg in der Schule und für die Ausbildungsreife. Eine einjährige Vorschulpflicht sollte eingeführt werden. Die Sprachförderung ist weiter zu verbessern. Besonders Kinder mit Migrationshintergrund können davon profitieren.

Individuelle Förderung ausbauen

Die Schülerzahlen gehen zurück, dadurch werden Ressourcen freigesetzt. Diese „demografische Rendite“ ist für mehr individuelle Förderung zur Stärkung der Leistungsstarken und zur Reduzierung der Risikogruppe zu nutzen, damit alle Begaubungsreserven mobilisiert werden und die Abbrecherquote gesenkt wird. Ganztagsangebote sind an allen Schulformen auszubauen, Klassengrößen zu reduzieren.

Berufsorientierung verbessern – Ausbildungsreife sicherstellen

Kinder und Jugendliche müssen in der Schule frühzeitig auf das Berufsleben vorbereitet werden. In allen Schulformen müssen daher die begonnenen Ansätze zur Verbesserung der Berufsorientierung und der Ausbildungsreife systematisch verankert werden. Land und Kommunen sollten offensiv Partnerschaften zwischen Schule und Wirtschaft sowie kommunalen Einrichtungen unterstützen.

Oberschulen ausreichend personell ausstatten

Die Oberschulen dürfen nicht personell schlechter gestellt werden als andere Schulformen. Dieses gilt für die Unterrichtsverpflichtung, Funktionsstellen und Anrechnungstunden. Ohne ausreichende Ressourcen sind eine effiziente Berufsorientierung und auch die individuelle Lernbegleitung nicht erfolgreich umzusetzen.

Naturwissenschaftlich–technische und ökonomische Bildung stärken

Zur Sicherung des Fachkräftepotenzials muss das Interesse an naturwissenschaftlich-technischen Themen geweckt werden. Mehr Experimente in Kindergarten und Schule bzw. ein Fach Naturphänomene in der Grundschule können hierzu beitragen. Bestehende Angebote wie z. B. tecnopedia oder „Jugend forscht“ sollten stärker genutzt werden. Im Wirtschaftsunterricht und im Studium müssen Unternehmertum und Selbstständigkeit als lohnende und positive Berufsperspektiven dargestellt werden.

Abitur nach zwölf Jahren beibehalten – Bundesweites Zentralabitur einführen

Die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre ist bildungspolitisch sinnvoll. Im internationalen Vergleich sind zwölf Jahre nicht „Turbo“, sondern Standard. Notwendig sind aber u. a. eine Überarbeitung und Entschlackung der Lehrpläne und eine Abstimmung der Angebote zwischen der Sekundarstufe I und der Oberstufe. Um die Mobilität von Schülern zu fördern und die Aussagekraft des Abiturs zu verbessern, ist ein bundesweites Zentralabitur auf der Basis hoher Lernstandards ver­nünftig.

4. Hochschule

Der rasche technische Fortschritt und die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft erhöhen in den niedersächsischen Unternehmen den Bedarf an hochqualifizierten Mitarbeitern mit akademischer Bildung. Die Ziele der Bologna-Reform, insbesondere die Förderung von Beschäftigungsfähigkeit und Mobilität, wurden noch nicht konsequent an allen Hochschulen umgesetzt. Vor allem am Praxisbezug der Studienprogramme mangelt es. Die Abbrecherquoten von Bachelor-Studierenden an Universitäten liegen bei 25 Prozent, die an Fachhochschulen bei 39 Prozent. Hinzu kommt, dass Niedersachsen jedes Jahr mehr Studierende abgibt als aufnimmt.

Folgende Leitlinien sollten das bildungspolitische Handeln bestimmen:

Mehr Studierende in Niedersachsen

Niedersachsen muss ein Nettozuwanderungsland für Studierende werden. Die doppelten Abiturjahrgänge in verschiedenen Bundesländern bieten eine besondere Chance. Dafür müssen ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden.

Abbrecherquoten senken

Die Studienabbruchquoten sind zu hoch. Ziel muss sein, eine hohe Studiennachfrage auch erfolgreich in eine mindestens vergleichbar steigende Zahl von Hochschulabsolventen umzusetzen. Dazu ist die Didaktik der Lehrenden zu verbessern. Intensivere Betreuung der Studierenden ist – insbesondere in den MINT-Fächern – notwendig.

Bologna-Prozess und berufsbegleitende Studienangebote vorantreiben

Die Umstellung der Hochschulabschlüsse auf Bachelor und Master ist fortzusetzen und weiter zu optimieren. In der neuen Studienstruktur der Hochschulen sollten ggf. Praktika auch in den vorlesungsfreien Zeiten integriert oder die Studiendauer um ein obligatorisches Praxissemester verlängert werden. Insbesondere sollte das Land den Ausbau dualer und berufsbegleitender Studiengänge unterstützen.

Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung realisieren

Die Gleichwertigkeit beruflicher und hochschulischer Bildung ist durch verbesserte Anrechnungsmodelle und angemessene Bewertung beruflicher Qualifikationen zu unterstreichen. Die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte ist durch die Einrichtung von geeigneten Studienprogrammen zu fördern.

Stipendienkultur in Deutschland fördern

Das nationale Stipendienprogramm (kurz: Deutschlandstipendium), als einkommensunabhängige Förderung für Studenten, sollte konsequent weiter entwickelt werden. Die Sponsoren sollten an der konkreten Auswahl der Stipendiaten beteiligt werden. Weitere Stipendienmodelle sollten unter Einbeziehung von Unternehmen initiiert werden, um die Stipendienkultur in Deutschland zu fördern.

5. Lehrer & Lehreraus- und -fortbildung

Viele Schulabgänger weisen heute Defizite auf, die den Ausbildungserfolg gefährden. Mehr als die Hälfte der Ausbildungsunternehmen organisiert deshalb Nachhilfe im Betrieb, um die Anforderungen einer Ausbildung zu bewältigen. Die Wirtschaft erwartet von Schulen, dass ihre Absolventen über ausreichende Kompetenzen verfügen.

Ein entscheidender Faktor für den Erfolg von Schule ist die Qualifikation der Lehrerinnen und Lehrer. Während das gesellschaftliche Umfeld von Schulen, Schulalltag und Schülerverhalten erhebliche Veränderungen vollzogen haben, sind weite Teile der Lehreraus- und -fortbildung nahezu unverändert geblieben.

Die Übergangsquoten von Schule in Ausbildung sind sehr unterschiedlich und die Zahl der Schüler, die eine Schule ohne Abschluss verlassen, weichen regional erheblich voneinander ab. Das zeigt, dass Schulerfolg auch immer ein Erfolg der handelnden Personen ist.

Folgende Leitlinien sollten das bildungspolitische Handeln bestimmen:

Lehreraus- und -weiterbildung reformieren

Das Lehramtsstudium muss durch frühere und umfangreichere Praxiszeiten eine rechtzeitige Überprüfung ermöglichen, ob die Studierenden für diesen Beruf geeignet sind. Qualitätsentwicklung von Schulen ist auf systematische Weiterbildung von Lehrkräften angewiesen. Die Personalentwicklung sollte deshalb stärker als bislang Gegenstand der Schulinspektion sein.

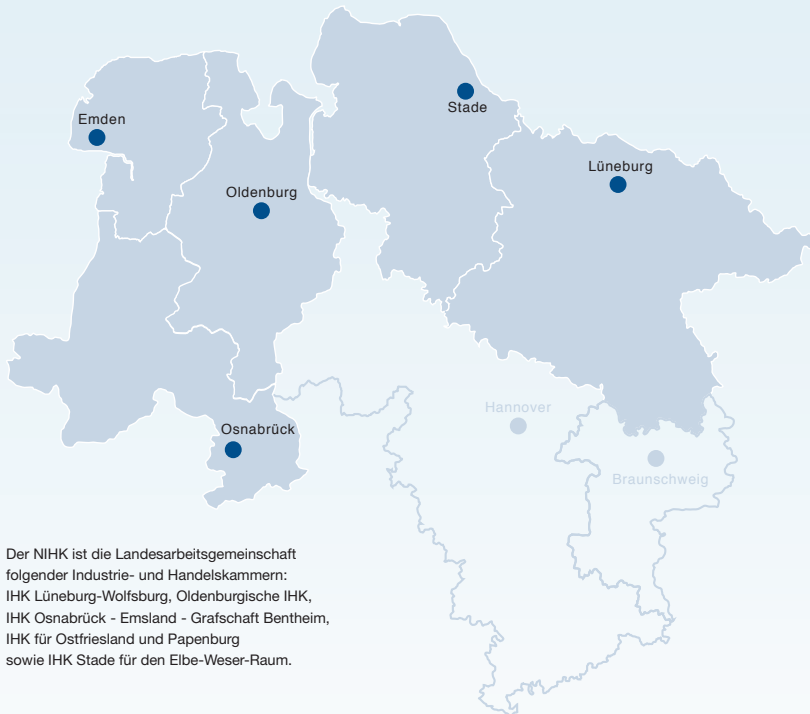
Lehrer entlasten

Lehrer sollen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Eine Entlastung durch Verwaltungskräfte und pädagogische Hilfskräfte muss Lehrern die Zeit geben, die notwendig ist, um den Auftrag der Schule zu erfüllen.

Lehrerberuf attraktiver machen

Schon jetzt fehlen in zahlreichen Fächern (MINT, Ökonomie, Sprachen, Musik ...) entsprechende Fachlehrer. Das Land muss aktiv für den Lehrerberuf werben und ausreichende Studienkapazitäten an den Hochschulen schaffen.

Der NIHK



Der NIHK ist die Landesarbeitsgemeinschaft folgender Industrie- und Handelskammern:
IHK Lüneburg-Wolfsburg, Oldenburgische IHK,
IHK Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim,
IHK für Ostfriesland und Papenburg
sowie IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum.

Herausgeber:
Niedersächsischer Industrie- und Handelskammertag (NIHK)
Hinüberstraße 16-18
30175 Hannover
Internet: www.n-ihk.de

Hannover, August 2011